

Macht und Mitbestimmung

Die Große Koalition von SPÖ und ÖVP ist die am längsten amtierende Regierungsform in Österreich seit 1945. Für ihre Handlungsfähigkeit wird das Kräftegleichgewicht zwischen den beiden stärksten Parteien häufig zum Problem. Es bewegt sich wenig, wie einmal mehr die aktuelle Bildungsdebatte zeigt. Um dem Abhilfe zu schaffen, wird immer wieder die Einführung eines Mehrheitswahlrechts diskutiert. Der Grazer Politikwissenschaftler Ass.-Prof. Dr. Klaus Poier ist seit Ende der 1990er-Jahre ein Verfechter dieser Idee und hat schon mehrere Modelle entwickelt.

Interview: Gudrun Pichler

Nach dem Verhältniswahlrecht, das es in Österreich seit 1918 gibt, werden die Mandate, also die Sitze im Parlament, im selben Verhältnis wie die WählerInnenstimmen an die Parteien verteilt. Warum raten Sie, statt dieses Systems ein Mehrheitswahlrecht einzuführen?

Es wird offenkundig zunehmend schwieriger, eine Regierung zu bilden, die in der Lage ist, Reformen effektiv umzusetzen. Durch das Verhältniswahlrecht ergibt sich immer öfter nur mehr die Große Koalition als einzige realistische Möglichkeit einer Zweiparteienregierung und diese Große Koalition erscheint leider durch interne Blockaden weitgehend reformunfähig. Bei der Mehrheitswahl könnte die stärkste Partei alleine – oder mit einer kleineren – regieren und die andere große Partei hätte die Oppositionsrolle. Die Grundidee dahinter wäre, dass die zwei stärksten Parteien nicht miteinander regieren sollen, sondern abwechselnd – wie es in den meisten demokratischen Ländern der Welt auch die Regel ist.

Ein Kritikpunkt an der klassischen Mehrheitswahl ist, dass kleinere Parteien im Parlament nicht vertreten sind, wie etwa in den USA.

Deshalb habe ich das Modell des minderheitenfreundlichen Mehrheitswahlrechts entwickelt. In diesem Modell bekommt die stärkste Partei 50 Prozent der Mandate plus eines oder zwei oder drei, je nachdem, wie sicher man die Mehrheit machen will. Oder auch minus eines, wie kürzlich von SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas nach einem Vorschlag von Herwig Hösele, dem ehemaligen Präsidenten des Bundesrates, gefordert; dann reicht es nicht für eine Alleinregierung, aber für eine Koalition mit jeder anderen Partei im Parlament. Der Rest der Mandate wird, wie bei der Verhältniswahl, dem Prozentsatz der erhaltenen Stimmen entsprechend verteilt. Die minderheitenfreundliche Mehrheitswahl gewährleistet, dass auch kleine Parteien im Parlament bleiben.

Am aktuellen Wahlsystem kritisieren Sie auch, dass die Bürger und Bürgerinnen wenig Einfluss auf die Auswahl der Personen haben, von denen sie vertreten werden. Wie würden Sie das ändern?

Ich finde, man sollte das Wahlsystem personalisieren. Dafür gibt es unterschiedliche Modelle. Wir haben in Österreich ja seit 1992 den Versuch einer Personalisierung – mit 43 Regionalwahlkreisen und der Möglichkeit der Vergabe von Vorzugsstimmen. Es zeigt sich aber



Klaus Poier entwickelte bereits mehrere Modelle zur Reform des Wahlsystems in Österreich.

aus empirischer Sicht, dass die Personalisierung sehr ineffektiv gestaltet ist, weil nur ganz, ganz selten jemand durch diese Vorzugsstimmen zu einem Mandat kommt. Und auch weil die Regionalwahlkreise keine Identität geschaffen haben, in dem Sinn, dass die Leute dort ihren Abgeordneten oder ihre Abgeordnete kennen. Derzeit ist es so, dass die Mandate an den Kandidaten oder die Kandidatin vergeben werden, der oder die in der Parteiliste ganz oben steht, egal wie viele Vorzugsstimmen er oder sie bekommen hat. Nur wenn man eine sehr hohe Zahl an Vorzugsstimmen erreicht – in einem Landeswahlkreis ungefähr 26.000 und in den Regionalwahlkreisen ca. 13.000, ist man dabei. Das erreicht in der Regel nur jemand, der oder die ohnedies schon vorne gereiht und bekannt ist.

Wie könnte das aus Ihrer Sicht verbessert werden?

Im Jänner 2011 habe ich im Nationalrat ein neues Modell präsentiert, das zwar keine Mehrheitswahl ist,

weil der Widerstand dagegen zu groß erscheint, aber auf die Personalisierung abzielt und sehr einfach umsetzbar wäre. Die Wahlkreise bleiben, wie sie jetzt sind, die Parteien kandidieren wie gehabt, aber die Wähler und Wählerinnen können keine Partei mehr ankreuzen, sondern müssen ihre Stimme einer Person geben – die in der Regel parteimäßig zugeordnet ist. Dann würden einfach die Stimmen aller Personen einer Partei addiert. Nach diesen Stimmen berechnet man die Mandate, und innerhalb der Partei entscheiden – wie etwa in Südtirol – nur die Vorzugsstimmen über die Reihung der Liste. Wenn also zum Beispiel eine Partei in einem Wahlkreis drei Mandate macht, dann gehen diese drei Mandate an den Kandidaten oder die Kandidatin mit den meisten Vorzugsstimmen und nicht an die Person, die auf der von der Partei gereihten Liste ganz oben steht. Nach der Präsentation hatten wir im Februar 2011 im Parlament ein Gespräch mit VertreterInnen aller Parteien, und die haben unisono abgelehnt.

Woran liegt es, Ihrer Meinung nach, dass sowohl die Mehrheitswahl als auch die Personalisierung von der Politik abgelehnt werden?

Alle Änderungen, die ich vorschlage, was die Mehrheitsförderung und ganz besonders was die Personalisierung betrifft, würden einen Machtverlust für die Parteizentralen bedeuten, weil sie dann nicht mehr alleine darüber entscheiden könnten, wer mit welcher Macht im Parlament sitzt. Und die Zentralen wollen keine „selbstständigen“ Abgeordneten, sondern Abgeordnete, die die Parteilinie umsetzen.

Eine Wahlrechtsreform wird in der Regel nur im Konsens aller Parteien beschlossen, notwendig ist jedenfalls eine Zweidrittel-Mehrheit im Parlament. Beides scheint derzeit unwahrscheinlich. Warum geben Sie trotzdem nicht auf?



Ein von Klaus Poier Anfang 2011 präsentiertes Wahlrechtsmodell schlägt vor, einer Person statt einer Partei die Stimme zu geben.

Gerade aus Sicht der Wissenschaft darf man sich nicht demotivieren lassen. Solche Veränderungen muss man auf lange Sicht sehen. Denken Sie nur an die Debatte in der Steiermark zum Proporz, an der ich mich auch schon seit vielen Jahren als Wissenschaftler beteilige. Da hat es jahrzehntelang Diskussionen gegeben, jetzt wird der Proporz abgeschafft. Es ist eine wichtige Aufgabe der Wissenschaft, Modelle zu entwickeln, diese zu analysieren und zu untersuchen, welche Auswirkungen sie hätten und unter welchen Bedingungen sie funktionieren könnten. Die wissenschaftliche Arbeit liefert eine Grundlage, auf der dann wohl überlegt politische Entscheidungen zu fällen sind.

Glauben Sie, dass die von Ihnen vorgeschlagenen Modelle zur Wahlrechtsreform der Politikverdrossenheit entgegenwirken könnten?

Es wäre unrealistisch zu erwarten, dass sie einen großen Zuwachs an Wahlbeteiligung bringen würden. Ich glaube aber, dass sie einerseits der Effektivität der Politik sehr gut täten und andererseits auch einen besseren Kontakt zwischen den Politikern und Politikerinnen und dem Volk ermöglichen würden. Weil man auch mehr Persönlichkeiten

in die Politik bringen würde. Unter den Kandidaten und Kandidatinnen würde ein Wettbewerb um die Stimmen entstehen, wodurch sie mehr in Erscheinung treten könnten. Derzeit stehen nur die absoluten Spitzen im Mittelpunkt. Und die Bürgerinnen und Bürger müssten sich mehr mit den Kandidaten und Kandidatinnen auseinandersetzen, sich überlegen, von wem sie vertreten werden möchten.

Buchtipps. Klaus Poier (Hg.): *Persönlichkeiten und Demokratie: Wie wählen wir die besten Köpfe?* NWV Verlag, Wien/Graz 2011. ISBN 978-3-7083-0278-2

Zur Person. Klaus Poier ist Assistenzprofessor am Institut für Österreichisches, Europäisches und Vergleichendes Öffentliches Recht, Politikwissenschaft und Verwaltungslehre der Universität Graz. Er setzt sich seit über 20 Jahren mit Fragen der Demokratie- und Wahlrechtsreform auseinander und war von 2003 bis 2005 Mitglied des Österreichischen Konvents zur Reform der österreichischen Verfassung. Seit 1. November 2011 leitet Poier die „Frank Stronach Forschungsgruppe“, die sich mit aktuellen demokratie- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen befasst.